

Falsches Spiel der ÖVP um Polizei-Sondereinheit

2018 hat Salzburgs schwarze Polizeigewerkschaft gegen das Vorhaben des damaligen Innenministers Herbert Kickl zu einer mobilen Spezialeinheit mobil gemacht. Jetzt will die ÖVP diese Idee plötzlich umsetzen, wundert sich Salzburgs FPÖ-Chefin Marlene Svazek.

S. 13



Foto: FPÖ Salzburg

Rücktritt Anschobers: Die Koalition bröckelt!

In der Corona-Krise hat die gesamte Regierung versagt – und sollte zurücktreten S. 2/3



Das vernichtende Urteil zu den Corona-Maßnahmen

Urteil des VwG Wien stellt die „Corona-Politik“ der Koalition in Frage – S. 4/5

PARLAMENT

Das „Sturm-Märchen“

Bei der Großdemonstration vom 31. Jänner in Wien will ÖVP-Innenminister Karl Nehammer einen „Sturm auf das Parlament“ verhindert haben. In der Beantwortung einer Anfrage der FPÖ stellt sich heraus, dass der „Sturm“ nie stattgefunden hat.

S. 6

AUSSENPOLITIK

Brüsseler Masochisten

Bei ihrem Besuch in der Türkei musste die EU-Delegation nicht nur eine protokollarische Demütigung einstecken. Staatspräsident Erdogan stellt klar, dass er weder eine Einmischung in seine Politik, noch eine Ende des EU-Geldflusses akzeptieren werde.

S. 8/9

WIEN

Dauer-Lockdown

Heftige Kritik der Freiheitlichen erntete SPÖ-Bürgermeister Michael Ludwig für seine Entscheidung, den Lockdown bis Anfang Mai auszuweiten. Zudem platzte jetzt auch noch ein Ausschreibungs-Skandal zugunsten der Firma Siemens auf.

S. 11

MEDIEN

Rot, viel mehr rot!

Zur Rechtfertigung der Corona-Maßnahmen scheint den Medien kein Manipulationsversuch zu dreist zu sein. So hat die ARD in ihrer „Corona-Graphik“ die Skala so geändert, dass jetzt viel mehr Landesteile in der alarmierenden Farbe Rot aufscheinen.

S. 14



AUS DER
REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

Nach der mangelnden Ungewissheit – „Die nächste Wochen werden entscheidend sein“ – haben wir jetzt einen, so die Tageszeitung „Lockdownreich“, pardon „Österreich“, „Dr. Cool“ im Gesundheitsministerium.

War Rudi Anschober noch von Zweifeln geplagt, die sich in seinen Verordnungstexten manifestierten, so ist sein Nachfolger Wolfgang Mückstein der festen Überzeugung, dass ein Lockdown gar nicht hart genug sein kann.

Doktor Lockdown

Gut, Mückstein ist Arzt. Aber er sieht das Ganze anscheinend auch aus der Petrischalen-Sicht der Virologen. So wie sie darin die Viren „einsperren“, um sie dann zu analysieren, wollen sie das auch mit den Menschen machen, diese in ihre Wohnungen einsperren.

Dabei dürfte er aber ein großes Problem haben. Das Verwaltungsgericht Wien hat nämlich die bisherige „faktische“ Basis der politischen Entscheidungen, die Infektionswertfeststellung alleine durch PCR- und Antigentests, verworfen – entsprechend den Empfehlungen der Weltgesundheitsbehörde.

Und es fallen jetzt – nicht nur in Österreich – immer mehr Gerichtsurteile an, die sich bei der Verteidigung der Grund- und Freiheitsrechte an medizinischen und virologischen Fakten orientieren und damit der Reihe nach die „Corona-Maßnahmen“ der Regierungen aushebeln.

Dem will die ÖVP jetzt vorbeugen, indem sie der Justiz gesetzliche Prügel zwischen die Beine werfen will. Aber nicht nur, um ihren „Corona-Wahnsinn“ zu verteidigen, sondern in erster Linie, um Verfahren wegen Machtmissbrauchs und Korruption zu verunmöglichen.

Mal sehen, wie die Grünen und ihr Lockdown-Doktor dazu stehen.

Erste Konsequenz des „Coro

Hofer: „Nach dem Desaster bei der Pandemie-Bekämpfung wäre der Rück

Die schwarz-grüne Koalition hat einen weiteren Minister verschlissen: Gesundheitsminister Rudolf Anschober, neben Bundeskanzler Sebastian Kurz hauptverantwortlich für das Corona-Desaster der Koalition, warf vergangenen Dienstag das Handtuch. Für die FPÖ eine logische Konsequenz des „Corona-Gewursteltels“.

Nachdem Anschober letzte Woche schon zum zweiten Mal in diesem Jahr gesundheitsbedingt nicht amtsfähig war, wurde dieser Schritt bereits erwartet. In einer „persönlichen Erklärung“ gestand er vor der versammelten Presse dann seine gesundheitlichen Probleme ein: „Ich habe gemerkt, da muss ich jetzt für mich eine Notbremse ziehen. Ich bin überarbeitet und ausgepowert – das ist es.“

Von Seiten der FPÖ gab es Genesungswünsche an den scheidenden Minister, aber auch eine sehr kritische Bilanz zu dessen Amtsführung.

Von Anfang an überfordert

„Ich habe den Minister aufgrund erheblicher Fehlentscheidungen mehrfach zum Rücktritt aufgefordert. Er war nicht die richtige Besetzung für ein Ministerium, das in der Pandemie die Hauptverantwortung trägt“, erklärte FPÖ-Bundesparteiobermann Norbert Hofer.

Und so habe Anschobers Rückblick denn auch einer Bilanz des Scheiterns geglichen. Vor allem im Pflegebereich sei der von der FPÖ initiierte Reformschub völlig ins Stocken geraten, erinnerte Hofer.

Aber auch bei der Pandemie-Bekämpfung selbst habe der grüne

Politiker überfordert gewirkt, bemerkte Hofer. Er habe reihenweise Verordnungen erlassen, die dann vom Verfassungsgerichtshof als verfassungswidrig eingestuft und aufgehoben worden seien. „Der legendäre ‚Oster-Erlass‘ im Vorjahr war nur ein skurriler Höhepunkt“, bemerkte Hofer.

Opfer der ÖVP-Skrupellosigkeit

Anschober sei im Grunde aber nicht nur Opfer seiner eigenen Überforderung und der dramatischen Fehleinschätzung seiner eigenen Leistungsfähigkeit, fügte dem Klubobmann Herbert Kickl hinzu: „Er war vor allem auch ein Opfer der Zermürbungs-Strategie seines Koalitionspartners, der ihn systematisch und gezielt rampoliert hat.“ Denn stets hätten Kurz & Co kurzzeitige positive Aspekte in ihrer „Pandemie-Bekämpfung“ für sich reklamiert, alle Fehler und offensichtliches Versagen auf Anschober abgeladen: „Anschober ist somit auch ein Opfer der moralischen Skrupellosigkeit von Kurz und Co.“

Und dieses Versagen habe sich in einer schier unglaublichen Pannenserie von Beginn der Corona-Krise weg manifestiert. Im Sommer des Vorjahres sei unter Anschobers

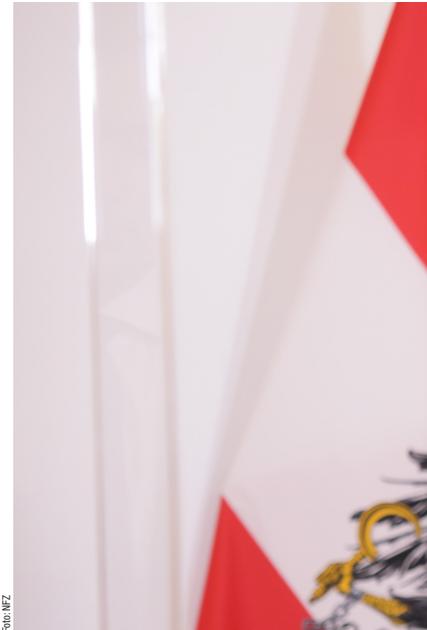


Foto: NFZ

„Und Ihnen sag‘ ich auf Wiedersehen.“
lichen für die „Corona-Krise“ ab. Geht e

Verantwortung wohl die schwerwiegendste Panne passiert. Vor lauter Hysterie um die gefürchtete „zweite Welle“ habe man jegliche Vorkehrungsmaßnahmen für die gefährdeten Personengruppen unterlassen, insbesondere für die älteren Menschen in Alten- und Pflegeheimen, erinnerte FPÖ-Obmann Hofer: „Da wurden etwa Millionen Stück an chinesischen Schutzmasken an Altenwohn- und Pflegeheimen geliefert – getestet wurde aber nur eine Charge. In der Folge kam es im Herbst es zu einer verheerenden Infektions- und Sterbewelle in



SPITZE FEDER Weil der Maskenzwang nicht wirkt ...

IMPRESSUM Offenerlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
Geschäftsführung: Ing. Mag. Joachim Stampfer
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9
E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: andreas.schoen@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien
Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73
BIC: OPSKATWW
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

na-Gewurschtels“

Rücktritt der gesamten Bundesregierung notwendig!“



– Mit Gesundheitsminister Rudolf Anschober trat einer der Hauptverantwortlichen nach der FPÖ, so sollte die Regierung Kurz geschlossen zurücktreten.

diesen Institutionen.“ Aber die Verantwortung dafür habe Minister Anschober auf das Wirtschaftsministerium und das Rote Kreuz abzuwälzen versucht.

Impf-Pleite ist „Chefsache“

Auch bei der Impfstoffbeschaffung sei der Minister überfordert gewesen – trotz seines Spitzenbeamten Clemens Martin Auer, der auch auf EU-Ebene im höchsten Beschaffungsgremium gesessen sei. Der Mann wurde als erster Sündenbock geopfert, für die Konzentration der Regierung auf

den billigeren Impfstoff von AstraZeneca, dessen Liefer-Engpässe den Impfplan komplett über den Haufen geworfen hätten.

„Der Rücktritt von Anschober ist eine logische Konsequenz. Damit ist das Thema allerdings nicht erledigt“, erklärte Hofer und erinnerte, dass Bundeskanzler Kurz im Jänner das Thema Impfen zur „Chefsache“ erklärt habe: „Das Kabinett Kurz hat in der Pandemie-Bekämpfung keine gute Arbeit geleistet. Die logische Konsequenz kann daher nur der Rücktritt der gesamten Bundesregierung sein.“

KURZ UND BÜNDIG



Impfzwang für Schüler?

„ÖVP-Bildungsminister Heinz Faßmann macht nun ernst und will aus der allgemeinen Schulpflicht eine allgemeine Impf- und Testpflicht schaffen“, kritisierte FPÖ-Bildungssprecher Hermann Brückl (Bild) die Ankündigung des Ministers in der „ZIB2“ vom vergangenen Freitag, dass im nächsten Schuljahr allen Schülern ab 16 eine Impfung angeboten werden soll. Brückl appellierte eindringlich an Faßmann: „Finger weg von unseren Kindern, denn sie dürfen nicht zu Versuchskaninchen werden!“

Nehammers Selbstanklage

Den Auftritt von ÖVP-Innenminister Karl Nehammer in der ORF-„Pressestunde“ am Sonntag kommentierte FPÖ-Sicherheitssprecher Hannes Amesbauer (Bild) als „Selbstanklage einer Pleiten- und Pannopolitik in seinem eigenen Ressort“. Vor allem die nach außen gerne als restriktiv dargestellte Haltung der ÖVP in der Asyl- und Einwanderungspolitik sei wie ein Kartenhaus zusammengebrochen, erklärte Amesbauer. Denn bis heute könne der Innenminister kein Konzept für einen Rückgang der Asylwerberzahlen vorlegen.



Gewessler weiß von nichts

Nach mehreren Erdbeben in Kroatien wurde der Betrieb im slowenischen Atomkraftwerk Krško bis Ende Mai unterbrochen. Offiziell, um Instandhaltungsarbeiten am Uralt-AKW durchzuführen. „Warum wird die österreichische Bevölkerung über die Außerbetriebnahme des Schrott-AKW nicht informiert? Es scheint aber, als ob die grüne Umweltministerin Gewessler wie immer in der Pendeluhr schläft, wenn es um das nur 70 Kilometer von der Grenze entfernte AKW geht“, kritisierte FPÖ-Umweltsprecher Walter Rauch (Bild) die „Vogel-Strauß-Politik“ der Umweltministerin in Sachen Krško.

SPRUCH DER WOCHE



„Klar ist, dass es Geld brauchen wird. Aber wir werden uns das leisten können.“

Gernot Blümel
12. April 2021

Der ÖVP-Finanzminister mit problematischem Zahlenverständnis schafft es mit seiner aufreizenden Art immer wieder, die Steuerzahler in Rage zu versetzen.



Black Lives Matter foundation received over \$90M in donations last year

By Lee Brown
February 24, 2021 | 12:25pm | Updated



Marxist BLM leader buys \$1.4 million home in ritzy LA enclave

By Isabel Vincent
April 10, 2021 | 10:35am | Updated



BILD DER WOCHE Die Zeiten ändern sich: Die Revolution frisst ihre Kinder, hieß es früher. Heute mästet sie diese zu Millionären.

Das vernichtende Urteil zu den „Corona-Maßnahmen“ der Regierung

In seinem Urteil zur Klage der Freiheitlichen gegen die Untersagung einer politischen Veranstaltung am 31. Jänner 2021 durch die Landespolizeidirektion Wien kommt das Verwaltungsgericht Wien zu einem eindeutigen Urteil: „Die Untersagung erfolgte zu Unrecht.“ – Aber auch zur Datenbasis der Corona-Maßnahmen fällt das Gericht ein eindeutiges Urteil: Diese entspricht nicht den Vorgaben der WHO. Hier die wichtigsten Teile des Urteils im Wortlaut:

IM NAMEN DER REPUBLIK

Das Verwaltungsgericht Wien hat durch seinen Richter Dr. Frank über die Beschwerde der Freiheitlichen Partei Österreichs, Landesgruppe Wien, vertreten durch Herrn Dr. Christoph Völk, Rechtsanwalt in 1010 Wien, Kärntner Ring 4, gegen den Bescheid der Landespolizeidirektion Wien, Sicherheits- u. Verwaltungspolizeiliche Angelegenheiten, SVA Referat 3 – Vereins-, Versammlungs-, Medienrechtsangelegenheiten, vom 30.01.2021, GZ: PAD/21/167824, mit welchem die für 31.01.2021 angezeigte Versammlung untersagt wurde, zu Recht erkannt:

I. Der Beschwerde wird Folge gegeben und der angefochtene Bescheid behoben. Die Untersagung erfolgte zu Unrecht.

(...)

Da die belangte Behörde in Hinblick gelinderer Mittel und eigener Handlungen zur Minimierung der Gefahr eines akuten Seuchengeschehens keine Überlegungen angestellt habe, laufe das verfassungsmäßig garantierte Verfahren einer bloßen Anzeige von Versammlungen auf ein Genehmigungssystem hinaus. Eine Bewilligung im Rahmen eines Konzessionssystems für Versammlungen sei mit dem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit unvereinbar (VfSlg. 11.651/1988 und 11.866/1988 zum Verbot einer Versammlung einer vorherigen behördlichen Bewilligung zu unterwerfen mwN).

Weshalb davon auszugehen war, dass es bei einer Versammlung von einer im Parlament vertretenen politischen Partei zwingend zu Verstößen gegen §12 Abs.2 der 3.COVID-19-NotMV kommen solle, bleibe völlig offen. Damit würde diese Bestimmung die Grundlage einer völlig beliebigen und willkürlichen Beschränkung der Art. 12 StGG, Art. 11 EMRK und des Versammlungsgesetzes. Darüber hinaus mangle dem E 312 Abs.2 der 3. COVID-19-NotMV die Einschlägigkeit für Versammlungen nach dem Versammlungsgesetz. Diese setze nämlich Versammlungen mit Veranstaltungen gleich, was eine gänzliche Verkennung der Rechtslage darstelle. Eine Versammlung, und eine solche liege hier vor, genieße den höchsten Schutz nach Art. 12 StGG und Art. 11 EMRK, welche eine Einschränkung durch bloße Verordnung verbiete.

(...)

Darüber hinaus ist zu der beauftragten „Information aus gesundheitlicher Sicht“ Nachstehendes auszuführen: Der Gesundheitsdienst der Stadt Wien verwendet darin die Wörter „Fallzahlen“, „Testergebnisse“, „Fallgeschehen“ sowie „Anzahl an Infektionen“. Dieses Durcheinanderwerfen der Begriffe wird einer wissenschaftlichen Beurteilung der Seuchelage nicht gerecht. Für die WHO (WHO Information Notice for IVDUsers 2020/05, Nucleic acid testing (NAT) technologies that use polymerase chain reaction (PCR) for detection of SARS-CoV-2, 20. January 2021) ausschlaggebend ist die Anzahl der Infektionen/Erkrankten und nicht der positiv Getesteten oder sonstiger „Fallzahlen“. Damit bleibt es schon damit offen, von welchen Zahlen die „Information“ ausgeht. Die „Information“ nimmt Bezug auf die Empfehlung der Corona-Kommission vom 21.1.2021. Es ist mangels Angaben nicht nachvollziehbar, ob die dieser Empfehlung zugrundeliegenden Zahlen nur jene Personen enthalten, die nach den Richtlinien der WHO zur Interpretation von PCR-Tests vom 20.01.2021 untersucht wurden. Konkret ist nicht ausgewiesen, welchen CT-Wert ein Testergebnis hatte, ob ein Getesteter ohne Symptome erneut getestet und anschließend klinisch untersucht wurde. Damit folgt die WHO dem Erfinder der PCR-Tests, Dr. Cary. Muttatis mutandis sagt er damit, dass ein PCR-Test nicht zur Diagnostik geeignet ist und daher für sich alleine nichts zur Krankheit oder einer Infektion eines Menschen aussagt.

(...)

Geht man von den Definitionen des Gesundheitsministers, „Falldefinition Covid-19“ vom 23.12.2020 aus, so ist ein „bestätigter Fall“ 1) jede Person mit Nachweis von SARS-CoV2-spezifischer Nukleinsäure (PCR-Test, Anm.), unabhängig von klinischer Manifestation oder 2) jede Person, mit SARS-CoV-2-spezifischem Antigen, die die klinischen Kriterien erfüllt oder 3) jede Person, mit Nachweis von SARS-CoV-2-spezifischem Antigen, die die epidemiologischen Kriterien erfüllt.

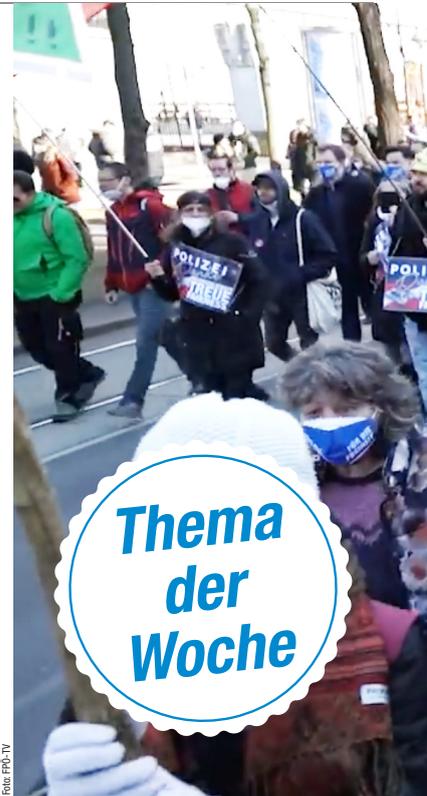
Es erfüllt somit keiner der drei vom Gesundheitsminister definierten „bestätigten Fälle“ die Erfordernisse des Begriffs „Kranker/Infizierter“ der WHO.

(...)

Sollte die Corona-Kommission die Falldefinition des Gesundheitsministers zugrunde gelegt haben, und nicht jene der WHO, so ist jegliche Feststellung der Zahlen für „Kranke/Infizierte“ falsch.

(...)

Insgesamt ist bezüglich der „Information“ des Gesundheitsdienstes der Stadt Wien und der darauf fußenden Begründung des Untersagungsbescheides festzuhalten, dass zum Seuchengeschehen keine validen und evidenzbasierten Aussagen und Feststellungen vorliegen. Dies wird unterstrichen durch die „Limitationen“ der Corona-Kommission, lautend „Es kann kein Rückschluss auf die Wirksamkeit einzelner Maßnahmen gezogen werden, da davon auszugehen ist, dass diese in Wechselwirkung zueinander stehen und sich in ihrer Wirkung gegenseitig beeinflussen.“



Das Zurec

Ein Urteil des Verwaltungs

Die Freiheitlichen haben gegen das Verbot ihrer Veranstaltung gegen die Corona-Maßnahmen am 31. Jänner geklagt. Das Verwaltungsgericht Wien hat nicht nur das Demo-Verbot als unrechtmäßig erkannt. Es hat in seinen Begründungen auch die Grundlagen der „Corona-Maßnahmen“ der Bundesregierung, da nicht WHO-konform, für nichtig erklärt. Das Medien-Echo war beschämendes Schweigen.

Was nicht passt, wird passend gemacht. Das erledigen heutzutage die sogenannten und selbsternannten „Faktenchecker“, deren Urteile sogar höher gehandelt werden als Urteile unabhängiger Gerichte.

Ungerechtfertigte Maßnahmen

Das Wiener Verwaltungsgericht hat vor Ostern – siehe NFZ 13/2021 – die polizeiliche Untersagung einer für 31. Jänner angemeldeten FPÖ-Versammlung in Wien buchstäblich in der Luft zerrissen. Die Beschwerde der FPÖ wurde in jedem Punkt bestätigt.

Darüber hinaus übte das Gericht auch massive Kritik am Zahlenmanagement der Regierung in Zusam-



Mit ihrer Klage gegen das Demonstrations-Verbot hat die Freiheitliche Partei der Bundesregierung eine schwere Schlappe zugefügt.

Rechtbiegen eines unangenehmen Urteils

Verwaltungsgerichts Wien, das die „Corona-Maßnahmen“ zerfleddert, wird von Politik und Medien totgeschwiegen

menhang mit Corona-Infektionen bzw. -Erkrankungen.

Die freiheitliche Klubobmann-Stellvertreterin Dagmar Belakowitsch ging aufgrund der Schärfe und Klarheit des Erkenntnisses davon aus, dass mit Hinweis auf die klar als fehlerhaft bezeichneten Infektionszahlen künftig keine einzige Versammlung mehr verboten werden dürfte.

Diese Klarheit hat in den Medien, die ja nur Verschwörungstheoretiker, Corona-Leugner und Rechtsradikale auf den Demonstrationen ausmachten, für Unruhe gesorgt. Wer das Urteil nicht in einer Kurzmeldung versteckte oder seinen Lesern gänzlich unterschlug, der ließ es von „Faktencheckern“ auf Linie bringen – also in Frage stellen, um den Corona-Kurs der Bundesregierung weiter unbeschadet verklären zu können.

Daher hat man sich sogar bei der APA, der größten nationalen Nachrichten- und Presseagentur Österreichs, die Mühe gemacht und das Urteil des Verwaltungsgerichts Wien zur Untersagung einer FPÖ-Versammlung im Jänner einem „Faktencheck“ unterzogen.

Aber die zusammengewürfelten Argumente dieses „Faktenchecks“

sind so seicht und substanzlos, dass sie die Nachvollziehbarkeit des Urteils erst recht bestätigen.

Journalisten spielen „Richter“

Auch in Deutschland, wo Kanzlerin Angela Merkel noch radikaler die Grund- und Freiheitsrechte der Bürger zurechtgestutzt hat, dürfte man es mit der Angst zu tun bekommen haben. So schaltete sich nämlich auch die DPA, die Deutsche Presseagentur, in diese innerösterreichische Angelegenheit ein.

Als Presseagentur bekommt die DPA exklusive Rechte auf Facebook und darf Artikel dort, die

nicht in den Mainstream passen, einem Faktencheck unterziehen. Und genau das haben sie auch getan.

Konkret ging es um einen Artikel, der am 31. März auf der offiziellen FPÖ-Facebookseite gepostet wurde und sich ebenfalls mit dem Urteil des Verwaltungsgerichts beschäftigte. Und siehe da – prompt wurde das FPÖ-Posting mit einem Warnhinweis versehen.

Es wird allerdings schwierig für die Koalition und deren mediale Lautsprecher, gegen das Urteil vorzugehen, das Verfahren überhaupt wieder aufzunehmen. Denn das Gericht hat eine ordentliche Revi-

sion ausgeschlossen.

„Für eine außerordentliche Revision muss die Landespolizeidirektion Wien nun Gründe für das Vorliegen einer grundsätzlichen Bedeutung der zu lösenden Rechtsfrage vorlegen“, erläuterte FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl das Dilemma der Bundesregierung. Zudem habe das Gericht betont, dass sein Erkenntnis nicht von der bisherigen, durchaus einheitlichen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs abweichen würde.

Mit seinem vernichtenden Urteil zu den Corona-Maßnahmen ist das Verwaltungsgericht Wien nicht allein. Vermehrt werden jetzt Klagen von couragierten Bürgern gegen diese Maßnahmen vor Gerichten behandelt. Das jüngste Beispiel dazu lieferte das Amtsgericht Weimar in Thüringen. Es hat entschieden, dass die Pflicht zum Maskentragen, zum Einhalten von Mindestabständen und zu Schnelltests an Schulen eine Gefahr für das geistige, körperliche oder seelische Wohl des Kindes darstellen. Und zwar eine so gravierende, dass sich ohne ein Einschreiten eine erhebliche Schädigung von Kindern mit ziemlicher Sicherheit voraussehen lässt.



Klares Journalistenurteil: Das Gericht betreibt „Desinformation“.



HOHES
HAUS

Norbert Nemeth
Clubdirektor der FPÖ

Die Sondersitzung zum ÖBAG-Skandal wurde von der leidigen Masken-Diskussion überlagert, ob die Abgeordneten auch am Sitzplatz im Plenum ständig (!) Masken tragen müssen. Weil diese lediglich dem Selbst- und nicht dem Fremdschutz dienen, entscheiden unsere Klubmitglieder selbst darüber.

Wahlfreiheit statt Maulkörbe

Es war von einer Änderung der Hausordnung zur Maskenpflicht die Rede, was nicht stimmt: Wahr ist nämlich, dass die Hausordnung nicht geändert wurde, zumal es dafür eines Einvernehmens in der Präsidiale bedurft hätte. Daher hat sich Präsident Sobotka auf einen Ausnahmetatbestand berufen, der es ihm erlaubt, zeitweilig von den Bestimmungen der Hausordnung abzuweichen.

Genau da wird es haarig. Die Hausordnung kennt keine Bestimmung über den Maskenzwang, auch keine über die Bekämpfung einer Pandemie. Daher handelt es sich um das Erfinden einer völlig neuen Bestimmung, und das hätte nicht über die Köpfe der Klubs hinweg geschehen dürfen! Auch ist unklar, wie lange der Maskenzwang aufrecht bleiben soll. Diese zeitliche Komponente ist bei einstweiligen Anordnungen aber von zentraler Bedeutung.

Vor diesem Hintergrund hat unser Klub folgenden Beschluss gefasst: „Der Freiheitliche Parlamentsklub hält fest, dass er an seiner bisherigen kantigen und kritischen Corona-Politik festhält. Er tritt für die Wahlfreiheit beim Testen, Impfen, Tragen von Masken und den Schutz der kritischen Infrastruktur ein und somit gegen jeden Zwang – kurzum für den schwedischen Weg.“

INNENPOLITIK

Beschlüsse des FPÖ-Klubs

Der Freiheitliche Parlamentsklub hat letzte Woche beschlossen, an seiner bisherigen kantigen und kritischen Corona-Politik festzuhalten: Wahlfreiheit beim Testen, Impfen, Tragen von Masken, sowie für den Schutz der kritischen Infrastruktur ohne jeden Zwang – kurzum für den schwedischen Weg. Der Klub sprach sich auch gegen einen fliegenden Wechsel und damit gegen eine Regierungsbeteiligung mit der Kurz-ÖVP ohne vorherige Wahlen aus.



JUSTIZPOLITIK

Justiz und Klimapolitik

Justizministerin Alma Zadić hat im Justizausschuss den EU-Vorhabensbericht 2021 für ihr Ressort vorgestellt. Die zentralen Punkte auf EU-Ebene sind die Stärkung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und von Sicherheitsbelangen sowie die Digitalisierung und der europäische „Green Deal“.

Sondersitzung: Der neue „schwarze Staat“ im Staat

Schmid-Chats als Beweis für Machtmissbrauch und Machtmissbrauch

Heftige Diskussionen lösten die Chat-Protokolle von ÖBAG-Chef Thomas Schmid im Nationalrat aus. Schwarz-Grün verhinderte – noch einmal – die Abberufung von Finanzminister Gernot Blümel.

Die Opposition war sich geschlossen einig, dass ÖVP-Finanzminister Gernot Blümel wegen seiner Rolle bei der Schaffung der ÖBAG und der Bestellung von Vorstand und Aufsichtsrat eine derart unrühmliche Rolle gespielt habe, die ihn für die Position des Finanzministers disqualifiziere.

„Alle diese Herrschaften vom ehemaligen Geilomobil-Piloten und Obernarzissten Sebastian Kurz über Blümel und Sobotka bis hin zu Sektionschef Pilnacek bilden den Kern



Herbert Kickl kritisierte den Machtmissbrauch der ÖVP.

Ihrer sogenannten ‚family‘, jener ehrenwerten ÖVP-Familie, die einen Staat im Staat gebildet hat“, erklärte FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl. Zu dieser Causa komme ihm

sofort der Mafia-Paragraph in den Sinn, betonte Kickl und erklärte in Richtung Kurz, Blümel und Sobotka: „Der Fluch der bösen Tat wird Sie einholen!“

Maskenpflicht als Ablenkungsmanöver

Die Sondersitzung des Nationalrats zu den ÖBAG-Chatprotokollen rund um Alleinvorstand Thomas Schmid wurde mit einer



Debatte über die von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (Bild) verordneten FFP2-Maskenpflicht für Mandatäre eingeleitet.

Ein billiges Ablenkungsmanöver der ÖVP von den skandalösen Machenschaften der ÖVP in Sachen Postenschacher, wie sich an der Wortmeldung von ÖVP-Klubobmann August Wöginger offenbarte. Der warf der FPÖ vor, die Hausordnung nicht einzuhalten und die FFP2-Masken bewusst nicht im Plenum zu tragen. Er forderte daher einen Sanktionsmechanismus und sprach sich für ein Bußgeld von bis zu 500 Euro aus.

FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl sprach von „politischer Willkür und einem Ablenkungsmanöver vom Korruptionssumpf der ÖVP“. Nationalratspräsident Sobotka habe in der Präsidiale keinen Grund nennen können, warum ihm der Wechsel von einer Empfehlung zur Verpflichtung zum Maskentragen jetzt notwendig erscheine.

Zudem wies FPÖ-Verfassungssprecherin Susanne Fürst darauf hin, dass es für eine Änderung der Hausordnung das Einvernehmen in der Präsidiale brauche. Und diese habe es wegen des Einspruchs der FPÖ nicht gegeben.

Ein Sturm? Nur unter Nehammers Aluhut!

Anfrage des FPÖ-Sicherheitsprechers entlarvt Lügenmärchen vom „Sturm auf's Parlament“

Am Abend des 31. Jänner verkündete ÖVP-Innenminister Karl Nehammer, dass im Rahmen der „Corona-Demonstrationen“ ein Parlaments-Sturm „gerade noch verhindert“ werden konnte. Ein Lügenmärchen, wie er nun selbst zugeben musste.

„Es gab sogar den Versuch, die historische Parlamentsrampe am Dr. Karl Renner-Ring zu stürmen und zu besetzen“, verkündete Nehammer zusammen mit Wiens Polizeipräsident Gerhard Pürstl entrüstet in die ins Innenministerium befohlenen Kamerateams. Einen Beweis für diese Behauptung blieb er allerdings schuldig.

„Sturm“ war frei erfunden

FPÖ-Sicherheitssprecher Hanes Amesbauer klärte nun die Geschehnisse vom 31. Jänner mittels schriftlicher Anfrage an den Innenminister auf und reagierte auf diese Beantwortung mit heftiger Kritik: „Von dieser abenteuerlichen Geschichte bleibt letztlich rein gar nichts übrig. In Wahrheit zeigt

die Beantwortung dieser Anfrage durch den Innenminister selbst, dass diese Geschichte frei erfunden ist. Das Einzige, was bleibt, ist die Gewissheit, dass dieser Innenminister vielleicht ein guter Showmaster wäre.“

Nehammer konnte auch nicht erklären, wie Auszüge aus den Funkprotokollen der Polizei „zufällig“ einer großen österreichischen Tageszeitung, die rein zufällig der ÖVP freundlich gesinnt ist, zugespielt wurden.

Gegen eine vollständige Veröffentlichung der Protokolle machte der Innenminister in der Anfragebeantwortung „datenschutzrechtliche Gründe, Amtsverschwiegenheit und einsatztaktische Überlegungen“ geltend.



Amesbauer: Nehammers „Sturm-Märchen“ hat sich in Luft aufgelöst.

„Was bleibt über: Mehrere Beamte hätten angeblich zwar etwas vernommen, belegbar sei dies jedoch nicht“, erklärte Amesbauer. Nehammer musste daher eingestehen, dass es „mangels Vorliegens einer Straftat oder eines gefährlichen

Angriffs“ keine Grundlage für die Ausforschung der angeblichen Übeltäter bestand. „Es ist eines Innenministers unwürdig, sein Amt für gezielte Stimmungsmacherei zu missbrauchen“, kritisierte Amesbauer den ÖVP-Minister.

„Comebackplan“: Keine Inhalte, keine Information

Am vergangenen Samstag präsentierten der ÖVP-Kanzler und der grüne Vizekanzler in einer Pressekonferenz einen sogenannten ‚Comebackplan‘ für die österreichische Wirtschaft – allerdings ohne konkrete Pläne. Am Montag folgten Finanzminister, Arbeitsminister und die grüne Umweltministerin nach. Aber statt Details und Zahlen gab es wieder nur Überschriften zu neuen Projekten und die Wiederholung bereits geplanter Maßnahmen aus dem schwarz-grünen Regierungsplan.

„Das ist ja nur noch eine Verhöhnung der Menschen und der Unternehmen in Österreich“, kritisierte FPÖ-Wirtschaftssprecher Erwin Angerer diese „Polit-Show der Ankündigungspressekonferenzen“.

Dieses „Krisenverfestigungsprogramm“ der Koalition sei geprägt von fehlenden Inhalten und fehlenden Informationen – sowohl zu den „Comeback-Maßnahmen“, als auch zum EU-Wiederaufbaufonds, erklärte Angerer. Vor allem mit letzterem solle doch ein wesentli-



Angerer: Nur eine Polit-Show.

cher Teil der „Comeback-Maßnahmen“ finanziert werden.

„Die Einzigen, die davon nichts mitbekommen, sind die Unternehmer. Außer einer lapidaren E-Mail-Adresse zum Einreichen von Projekten haben bisher weder Unternehmer, noch die Bevölkerung, geschweige denn die Opposition irgendetwas über die Projekte, die für den EU-Wiederaufbaufonds eingebracht werden sollen, erfahren“, führte der FPÖ-Wirtschaftssprecher aus. Da die Einreichfrist für Projekte auch schon am 30. April ende, müsse man sich Sorgen um die Ernsthaftigkeit dieser Ankündigung machen.

FPÖ FREIHEITLICHER PARLAMENTSKLUB

Test-ZWANG

Masken-BETRUG

Impf-CHAOS

„Kurz kann sich waschen, so oft er will, seine Hände werden nicht mehr sauber!“

Herbert Kickl
FPÖ-Klubobmann

www.fpoe.at



Harald Vilimsky

Migrantenschiffe: Mehr Pushbacks!

Die EU-Grenzschutzbehörde Frontex steht seit geraumer Zeit unter Beschuss. Ihr werden die Beteiligung an sogenannten „Pushbacks“ – das Zurückskortieren von Migrantenbooten von griechischen in türkische Gewässer – vorgeworfen. In den Medien werden Pushbacks meistens prinzipiell als illegal dargestellt. Was schlicht und einfach falsch ist.

Tatsächlich gibt es eine EU-Verordnung aus 2014, die festlegt, dass ein Schiff notfalls den Kurs zu ändern hat, wenn der Verdacht besteht, dass es Personen beför-

dert, die sich Grenzkontrollen zu entziehen versuchen, oder dass es zur „Schleusung von Migranten“ benutzt wird. Das Schiff kann dann beschlagnahmt oder angewiesen werden, das Hoheitsgebiet des jeweiligen Landes zu verlassen. Letzteres schließt das Eskortieren ein, um sicherzustellen, dass der Anweisung auch Folge geleistet wird. In der Ägäis wird dies oft zutreffen. Darauf bezieht sich auch Frontex-Chef Fabrice Leggeri, wenn er meint: „Migrantenboote können abgefangen werden, wenn sie nicht in Not sind“.

Warum das von Medien kriminalisiert wird, kann man nur mit deren migrationsfreundlicher Linie erklären. Warum diese Pushbacks kaum angewandt werden, hat wohl mit der Brüsseler Auffassung von „Außengrenzschutz“ zu tun, weshalb viel zu viele Migranten hereingelassen werden, nur um dann festzustellen, dass zwei Drittel ohnehin keinen Schutzanspruch haben. Daher: Mehr Pushbacks bitte!

Kirche und „Antifa“: Die unheilige Seeretter-Allianz

„Aufgrund der Stimmungsmache von AfD und anderen Rechten gegen eine Flagge der Antifaschistischen Aktion an unserem Bug haben wir uns entschieden, diese zu entfernen. Sie hängt jetzt etwas sichtbarer weiter oben. Gern gesehen.“ – So kommentierte die Mannschaft der „Sea Watch 4“ auf Twitter ihre Aktion (siehe Bild).

Zur Erinnerung: Die „Sea Watch 4“ ist jenes Schiff, das mit Unterstützung und auf Initiative des Vorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Bischof Heinrich Bedford-Strohm, und einem von diesem mit initiierten Verein „United4Rescue“, einem Bündnis „zur Unterstützung der zivilen Seenotrettung“, finanziert wurde. Das Schiff ist jetzt vor der libyschen Küste unterwegs, um Menschen von Schlauchbooten zu übernehmen, die von Schleppern in ihre Nähe geschickt wurden.

Das Hissen der „Antifa“-Flagge war ein überfälliges Signal, das darauf hinweist, dass die „Seeno-

rettung“ keine humanitäre Aktion war und ist, sondern eine rein politische, ja sogar ein linksradikale.

Und was erklärte die EKD zur Kaperung ihres Schiffes durch die „Antifa“: „Die EKD wendet sich entschieden gegen rechtspopulistische, rechtsextreme, rassistische, minderheitenfeindliche und völkisch-nationalistische Einstellungen. Dabei setzt sich die EKD ausdrücklich für gewaltfreie Lösungen ein.“ Also auf „Antifa“-Lösungen?



Unter der Flagge der „Antifa“.

Das masochistische der EU an Erdogans

Brüssel sieht Erdogans Einflussnahme in Nahost



Staffage für Erdogan: Obwohl nach den ständigen Provokationen durch den erwarteten Besuch in Ankara fest – wie auch an

Die ganze Hilflosigkeit der EU in Sachen Türkei offenbarte sich beim Besuch der Brüsseler Entourage beim Sultan am protokollarischen „Sofagate“. Genauso führte der türkische Machthaber die EU-Spitzen auch inhaltlich vor. Erdogan kann machen, was er will und presst Brüssel auch weiterhin Schutzgeld mit der „Flüchtlingswaffe“ ab.

Für den türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan und den an Realpolitik orientierten Europäern außerhalb der Brüsseler Blase ist es nun Gewissheit, dass die Bekenntnisse von EU-Politikern zu Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechten nur eine billige Schmierkomödie für das heimische Wahlvolk sind.

EU am Nasenring vorgeführt

Wären diese „europäischen Grundwerte“ für Ratspräsident Charles Michel und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auch nur einen Bruchteil ihrer unsäglichen Beschwörungsformulierungen wert, hätten sie den Besuch abgesagt.

Nicht nur, dass Erdoğan wenige Tage zuvor die „Istanbul-Konvention“, das Übereinkommen des Europarats gegen Gewalt gegen Frauen, für null und nichtig erklärt hat, ließ er tags zuvor auch noch seine Staatsanwälte gegen ehemalige Admiräle der türkischen Marine von der Leine. Deren Vergehen: Sie hatten öffentlich kritisiert,

dass die türkische Regierung mit dem geplanten „Kanal Istanbul“ den völkerrechtlichen Vertrag von Montreux 1936 verletze, der die Durchfahrtsrechte für Handelsschiffe durch die Meerengen ins Schwarze Meer regelt.

Erdogan zieht die diplomatische Hautevolee der EU schon seit Jahren am Nasenring durch



Völlig ungeniert – und ungehindert – im Auslandstürken wie hier in Wien 2014,

Die Vergnügen s Demütigungen

nd Europa hilflos zu und finanziert das auch noch



h türkischen Staatspräsidenten keinerlei Zugeständnisse Erdogans zu
m Wunschglauben, dass die Türkei unter Erdogan ein Teil Europas sein will.

die politische Arena. So können seine Küstenwache in der Ägäis, ebenso wie seine Grenzpolizei am Evros, in geradezu aufreizender Weise Migranten zum illegalen Grenzübertritt nach Griechenland ermuntern, ohne dass jemand ernsthaft die Aufkündigung des ominösen „Flüchtlingsdeal“ der Frau Merkel ins Spiel bringt. Der beschert Ankara Milliarden, aber den Europäern in keiner Weise eine sichere Grenze zur Türkei.

Im Kaukasus hat die Türkei vor den Augen der Eurokraten den aserbaidshanischen Krieg gegen

Armenien in Berg-Karabach unterstützt, um einen türkisch-islamischen Korridor zwischen Aserbaidschan, der Türkei und anderen moslemischen Ländern zu schaffen.

Europas Selbstdemontage

In der Umsetzung seiner großtürkischen Machtallüren dehnt er seinen Einfluss nicht nur auf Syrien, Libyen und den Kaukasus aus, sondern auf das gesamte Mittelmeer und die afrikanischen Staaten mit moslemischer Mehrheitsbevölkerung.

Selbst bei der Instrumentalisierung der türkischen Diaspora in den EU-Mitgliedsstaaten, um politischen Druck auf diese Staaten (insbesondere Deutschland, Frankreich, Österreich, Belgien und Holland) auszuüben, sieht Brüssel nicht nur zu. Es unterstützt politisch, finanziell und per Gesetzesinterpretationen des EuGH die Nichtintegration moslemischer Einwanderer und somit die Bildung von Parallelgesellschaften in der – noch – europäischen Union.

Die Bücher an türkischen Schulen strotzen von ethno-nationalistisch-religiösen Inhalten der Politik Erdogans, denn: „Wir sind eine große Familie von 300 Millionen Menschen von der Adria bis zur Chinesischen Mauer.“



strumentalisiert Erdogan auch die
für seinen islamistischen Kurs.

KURZ UND BÜNDIG



Niederlage für „Seenotretter“

Die Staatsanwaltschaft der sizilianischen Stadt Catania hat vergangenen Samstag die Einstellung des Verfahrens gegen Ex-Innenminister und Lega-Chef Matteo Salvini wegen des Vorwurfs der Freiheitsberaubung und des Amtsmissbrauchs im Fall des Schiffes „Gregoretti“ beantragt. „Die dreitägige Wartezeit für die Migranten an Bord des Schiffes ‚Gregoretti‘ kann nicht als unrechtmäßiger Entzug der Freiheit angesehen werden“, betonte die Staatsanwaltschaft. Denn es sei die Versorgung mit medizinischer Hilfe und Nahrungsmitteln sichergestellt gewesen und es gebe keine Verpflichtung für den Staat, die Migranten sofort an Land zu bringen.

EU verhandelt, Israel agiert

Während die EU sich vom verbrecherischen Mullah-Regime des Iran in Sachen „Urananreicherung zur friedlichen Nutzung der Kernenergie“ weiter auf der Nase herumtanzen lässt, hat Israel reagiert. In der unterirdischen Atomanlage in Natans kam es bei der Inbetriebnahme neuinstallierter modernster Uran-Zentrifugen zu einem Störfall. Laut Teheran handelte es sich dabei um einen Sabotageakt Israels. Also jenes Landes, dessen Auslöschung die Mullahs seit ihrer Machtübernahme lauthals verkünden und mittels ihres Atomwaffen-Plans auch in die Tat umsetzen wollen. Aber davon will die EU nichts wissen.



Schwarze „Revolutionärin“ kauft sich Luxusvillen

Als in den USA die „Black Lives Matter“-Proteste losbrachen, ging die Mitbegründerin der Bewegung auf große Immobilien-Einkaufstour und schnappte sich vier Villen für 3,2 Millionen US-Dollar. Das deckte jetzt die „New York Post“ anhand von Grundbucheinträgen auf.

Patrisse Khan-Cullors initiierte 2013 den Hashtag #BlackLivesMatter als Reaktion auf den Freispruch von George Zimmerman im Prozeß zur Erschießung des Afroamerikaners Trayvon Martin. Fünf Jahre später veröffentlichte sie geschäftstüchtig bereits ihre Memoiren: „When They Call You a Terrorist: A Black Lives Matter Memoir“.

Die selbstdeklarierte Marxistin und schwarze Freiheitskämpferin kaufte im letzten Monat ein 1.4 Millionen US-Dollar teures Haus an einer abgelegenen Straße bei Malibu in Los Angeles. Die „Black Lives Matter“-Gründerin zog in eine Gegend mit kaum Kriminalität, die vorwiegend von Weißen bewohnt

wird. Der Anteil ihrer schwarzen Schäfchen beträgt in dem County gerade einmal zwei Prozent.

Während sich die lokalen BLM-Gruppen zuletzt beklagten, dass sie von dem Millionen-Dollar-Spendenregen kaum einen Cent abbekommen würden, wurde Khan-Cullors auf den Bahamas gesehen, wo sie Immobilien in einem exklusiven Resort besichtigte mit Kaufpreisen zwischen 5 und 20 Millionen Dollar. Ein typisches Revolutionsviertel eben.



Trautes (Revolutionärs-)Heim.

Sehr geehrte Regierung!

Seit über einem Jahr werde ich von Ihnen meiner Bürgerrechte beraubt. Ich werde nach Lust und Laune „weggesperrt“, darf meine Kinder, meine Enkel oder meine Freunde nicht besuchen, darf nicht auf Urlaub fahren, und sogar ein Wellness-Aufenthalt, den wir dringend bräuchten, wird uns von Ihnen verweigert. Wir dürfen uns nicht einmal beim Einkaufen einen Kaffee kaufen, weil Sie es so wollen. Sie wollen den Kontakt zu Freunden, Verwandten usw. komplett unterbinden und betreiben Jagd auf Menschen, die friedlich dagegen protestieren. Sie und ihre Medien stellen das dann so hin, als wären die normalen Familien und Bürger böse Nazis. Was aber haben Sie, die sich bei Ihren ständigen Medienauftritten selbst loben und von mit Steuergeld bezahlten Medien bejubeln lassen, getan? Was ist mit den 500.000 Menschen, die Dank Ihnen keine Arbeit haben, was mit den Gastronomen und Hoteliers, denen Sie seit vielen Monaten die Einnahmen rauben? Was ist mit den Schülern, die ein Schuljahr verloren haben? Was ist mit den Alten, die vor Kummer und Einsamkeit sterben, weil Sie ihnen die Besuche verbieten? Was ist mit der Geldentwertung und der dahinsiechenden Wirtschaft? Probleme über Probleme, die Sie geschaffen haben. Außer immer neuen Versprechen, die ohnehin nie gehalten werden, haben Sie noch nichts geleistet. Kritiker werden verfolgt und verprügelt, bestraft und als Nazis, Idioten usw. beschimpft. Es wäre höchste Zeit für eine Bilanz: Außer Milliarden Schulden, einer gespaltenen und von Ihnen in Angst und Schrecken versetzten Gesellschaft, dem wirtschaftlichem Totalschaden, einer fortschreitenden Islamisierung, einer wachsenden Ausländerkriminalität und einer von Ihnen gesteuerten Masseneinwanderung und einem drohenden Bürgerkrieg haben Sie, sehr geehrte Regierung, noch nichts geschaffen.

Stephan Pestitschek, Strasshof

„Wiener Jaukerl“

Also, ich bekam auch das Prospekt eines Handelsriesen ins Haus, wo die Weine eines Bio-Winzers unter den Bezeichnungen „Wiener Jaukerl“ und „Schluck Impfung“ am Etikett angeboten werden. Naja, und wenn man sinnerfassend lesen

LESER AM WORT



kann, dann handelt es sich hier um Weine und nicht um einen pharmazeutischen Ersatz gegen ein gewisses Krankheitsbild. Da der Winzer seit einem Jahr in seinem Tagesgeschäft quasi stillgelegt wurde und er seine Existenz bedroht sieht, ist es kein Wunder, dass er dies nicht mehr mit Humor nimmt, sondern sein Unbehagen mittlerweile nur noch mit reinem Sarkasmus auf Etiketten ausdrückt. Und wenn jetzt die Justiz und Behörden gegen diesen Winzer vorgehen und zwar wegen Irreführung, ja dann muss ich mir eine Dose Red Bull aufmachen und trinken: Denn die verleiht mir ja Flüüüügel!

Stefan Scharl, Klosterneuburg



Schwarzes Sittenbild

Korruption, Postenschacher und Freunderlwirtschaft. Ist das der neue Weg der „neuen Schwarzen“ unter Bundeskanzler Sebastian Kurz und Finanzminister Gernot Blümel? Da herrschen ja Zustände wie in den besten Zeiten des Pro-

porzes. In der Parlamentssitzung zu dem Thema kann man die Rede von Klubobmann Herbert Kickl vorbehaltlos als einen historischen Quantensprung parlamentarischer Rhetorik bezeichnen. Kickl ist es gelungen, ein verkommenes unmoralisches Sittenbild der ÖVP und deren Familienmitglieder zu zeichnen, die erfrischende Darstellung des Sachverhaltes zu den Chats, die da zwischen Kurz, Blümel und Thomas Schmid gelaufen sind. Die Aufklärung von Missständen und Freunderlwirtschaft in der „sogenannten Familie“, wenn es um die Vergabe von lukrativen Posten ging, war schon beeindruckend, welche Präpotenz diese „Kurz AG“ ans Tageslicht legte. Der Finanzminister als Handlanger und Exekutor seines Herrn und Meisters, so unter dem Motto: „Kriegst ja eh alles.“ Diese widerliche türkise Clique hat Korruption und Postenschacher perfektioniert. In der parlamentarischen Sondersitzung zum Thema Korruption und Postenschacher kam ein Sittenbild an die Öffentlichkeit, das seinesgleichen in unserer 2. Republik sucht. Diese schwarze Truppe hat dem Ansehen der Republik nicht nur im Inland, sondern auch international schweren Schaden zugefügt. Sofern Kurz und Blümel auch nur noch einen Funken an Anstand besitzen, führt kein Weg am Rücktritt vorbei.

Franz Vorderwinkler, Ferschtz

Zweierlei Maß

Ende 2019 beschäftigte die Casinos-Austria-Affäre rund um die Bestellung von Peter Sidlo die Republik. Auch der Bundespräsident äußerte sich dazu und sagte: Er verfolge und beobachte sehr aufmerksam diese Causa in all ihren Facetten. Nun frage ich mich als Staatsbürger, warum er die aktuellen Vorgänge rund um den ÖBAG-Chef Schmid nicht kommentiert? Herr Bundespräsident: Sprechen Sie endlich ein Machtwort, oder waren ihre Worte damals nur Showpolitik?

Christian Deutinger, Kematen/Krems



Das dicke Ende kommt erst

Die wirtschaftlichen Folgen, sind für den Großteil der Bevölkerung noch nicht erkennbar, da im Moment vom Staat ein Nebel von Geld in Form von Hilfen über das Land gelegt wird. Deshalb werden auch harte Maßnahmen gefordert. Aber das dicke Ende kommt erst, wenn die Staatshilfen auslaufen.

Ernst Pitlik, Wien

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue
Freie
Zeitung

BESTELLSCHHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

- Halbjahrespreis € 15,- Jahrespreis € 30,- Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
 Auslandsjahresbezug € 73,- Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird. Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Bestellungen auch per E-Mail: andreas.schoen@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**:

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.

** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



Lockdown und neuer Skandal bei Ausschreibung

Ludwig führt Wien in den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Abgrund

Geharnischte Kritik übte Wiens FPÖ-Chef Dominik Nepp an SPÖ-Bürgermeister Michael Ludwig für seine Verlängerung des Lockdown bis Anfang Mai und des per Gerichtsurteil aufgefliegenen Vergabeskandals des Wiener Gesundheitsverbundes.

Mit der Schließung der Schulen und des Handels sowie Kontaktverboten bis Ende April führte Ludwig die Bundeshauptstadt in den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Abgrund, empörte sich Nepp: „Es ist skandalös, wie der Bürgermeister die Wiener in Geiselschaft nimmt und an einem Lock-



Nepp: „SPÖ-Bürgermeister Ludwig fährt Wien in den Abgrund!“

down festhält, der bis zum heutigen Tag nichts gebracht hat!“

Nepp verlangte von der rot-pinken Stadtregierung das sofortige

Ende des Lockdown sowie die Umsetzung eines Corona-Aktionsplans, der unter anderem die schnelle Errichtung von eigenen Corona-Spitalsgebäuden, die Umschulung von Pflegekräften in eigene Covid-Intensivpfleger, den Einbau von Luftfilteranlagen in Schulen sowie eine Investitionsoffensive für Wien vorsehen sollte.

„Das Virus wird uns noch länger begleiten, und daher brauchen wir diese Vorkehrungen, um ohne Lockdown wieder normal weiterleben zu können. Es muss neben der gesundheitspolitischen Bekämpfung von Corona auch möglich sein, den Menschen endlich wieder ihre Freiheiten zurückzugeben“, erklärte Nepp dazu.

Der Lieblingskonzern der SPÖ

Konsequenzen forderte er auch angesichts des aufgefliegenen Vergabeskandals des Wiener Gesundheitsverbundes. Dort war die Ausschreibung für die Anschaffung von Computertomographen so gestaltet, dass nur der „SPÖ-Personalversorgungskonzern“ Siemens zum Zug kommen konnte, kritisierte Nepp: „Wir fordern eine Sonderprüfung aller Ausschreibungen der Stadt und ihrer Gesellschaften, bei denen Siemens seit 2010 den Zuschlag erhalten hat.“

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



Im Schweizergarten hat also der letzte Spaziergang angefangen.

Konjunktiv

Kennen Sie die „Pension Schöller“? Da gibt's doch einen, der als ehemaliger Militärkommandant ständig seine verdienstlose Rolle in einer Schlacht mit den Worten kommentiert: „Wäre der Feind da gestanden...“, dann hätte er gewonnen. Den Konjunktiv verwende ich jetzt auch: Wäre ich nur ein Krone-Leser, wäre ich nur ein ORF-Schauer..., dann würde ich glauben, dass sich da im Park und in der Folge nur aggressive Rechtsradikale zusammengerotet haben. Und Corona-Leugner, was ja überhaupt das depperteste Kurz-Vokabel ist.

Auch dass die Polizei schon wieder eingreifen musste. Sie hat halt wieder einmal mutwillig eine Absperrung installiert, wo die Leut durchwollten. Und schon hatte sie Pfefferspray dabei. Herr Nehammer, warum keine Wasserwerfer? Ist doch publikumswirksamer. Schöne Bilder von weggespritzten Gesetzesbrechern! Wobei der einzige Gesetzesbrecher im Innenministerium sitzt. Die Demos sind nämlich erlaubt. Nein: wären.

Lockdown heißt auf Deutsch Ausgangssperre. An die sollte sich unsere Regierung halten. Bei Wasser und Brot.

Bis Pfingsten. Da kommt – oder „käme?“ – der Heilige Geist.

36. ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG 2021

FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS LANDESGRUPPE WIEN

Sonntag, 25. April 2021, Beginn 9:00 Uhr (Einlass 7:30 Uhr)
Kongresszentrum Reed Messe Wien, Messeplatz 1, 1020 Wien

TAGESORDNUNG

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Totengedenken
3. Beschlussfassung über die Geschäftsordnung des Landesparteitages und die Bestellung der Mandats- und Stimmzählungskommission
4. Berichte
 - a) des Landesfinanzreferenten - MEP Harald Vilimsky
 - b) des Landesrechnungsprüfers - OMR DDR Herbert Güntner
 - c) der Nationalratsfraktion - Abg.z.NR Mag. Harald Stefan
 - d) der Bundesratsfraktion - BR Dr. Johannes Hübner
 - e) des Gemeinderats- und Landtagsklubs - KO LAbg. Maximilian Krauss
 - f) des gf. Landesparteiobmannes - Stadtrat Dominik Nepp, MA
5. Wahlen
 - a) Landesparteiobmann
 - b) Landesparteiobmann-Stellvertreter
 - c) Landesparteiavorstand
 - d) Landesparteileitung
 - e) Landesrechnungsprüfer
 - f) Landesparteigericht
 - g) Delegierte und Ersatzdelegierte zum Bundesparteitag
6. Anträge
7. Schlusswort des Landesparteiobmannes

Stadtrat Dominik Nepp, MA
gf. Landesparteiobmann

Die stimmberechtigten Mitglieder des Landesparteitages erhalten rechtzeitig einen Eintrittsschein zum Parteitag, dieser ist unbedingt mitzunehmen!

BURGENLAND **Verhöhnung der Bürger**

FPÖ-Landesparteiobmann Alexander Petschnig begrüßte die angekündigte Volksbefragung über den Kulturstandort Güssing, kritisierte aber zugleich die „Themenreduktion“ bei der direkten Demokratie durch SPÖ-Landeshauptmann Hans Peter Doskozil: „Die Bevölkerung möchte lieber zu wichtigeren Dingen befragt werden wie etwa dem neuen Raumplanungsgesetz, mit dem sogar in Privateigentum eingegriffen wird. Stattdessen darf sie nur zu Sanierungsmaßnahmen eines Veranstaltungszentrums mitreden. Eine Farce!“

NIEDERÖSTERREICH **Luftfilteranlagen**

Nach 14 Monaten Corona-Wahnsinn sind Zusperrern, „Homeschooling“ und „Distance-Learning“ keine akzeptable Antwort, kritisierte Vesna Schuster FPÖ-Bildungssprecherin Vesna Schuster. Damit der Präsenzunterricht endlich wieder unter normalen Voraussetzungen stattfinden kann, forderte sie den Einbau von Luftfilteranlagen in den Schulen.



Foto: FPÖ Niederösterreich

VORARLBERG **Einwanderungsmagnet**

Die Freiheitlichen haben im Rechtsausschuss des Vorarlberger Landtages gegen eine Änderung des Sozialleistungsgesetzes gestimmt, mit der künftig auch Ausländer mit humanitärem Aufenthaltsrecht, die weniger als fünf Jahre in Österreich sind, Sozialhilfe in Höhe der Grundversorgung (550 Euro pro Monat) erhalten und dadurch bessergestellt werden. „Im Jahr 2019 sind in Vorarlberg bereits mehr als 60 Prozent der Mindestsicherungs- bzw. Sozialhilfezahlungen an nicht-österreichische Staatsbürger geflossen. Es ist deshalb unverständlich, dass gerade in der aktuellen Krisensituation die Ausgaben hier noch weiter erhöht werden. Wir brauchen ein starkes soziales Netz, das aber in erster Linie unsere Vorarlberger absichern muss“, erklärte FPÖ-Landeschef Christof Bitschi.

Studie belegt: Ausgangssperren und Verbote im Freien sind falsch!**FPÖ Niederösterreich fordert sofortigen Kurswechsel**

Eine Studie aus Irland bestätigt, dass Ausgangssperren, Schließungen von Ausflugszielen und Verbote von Aktivitäten im Freien falsch und widersinnig sind.

Die politischen Verantwortsträger sollten sich ihre fehlerhafte Politik endlich eingestehen. Im Freien muss ab sofort wieder alles möglich und erlaubt sein“, erklärte Niederösterreichs Landesparteiobmann Udo Landbauer unter Verweis auf jüngste Erkenntnisse der Aerosol-Forschung.

Kaum Infektionen im Freien

Der Präsident der deutschen Gesellschaft für Aerosol-Forschung, Christof Asbach, fordert daher ein „radikales Umdenken“, da Ansteckungen im Freien so gut wie gar nicht stattfänden. Eine Studie aus Irland, bei der mehr als 200.000 Infektionen untersucht worden sind, bestätigte das: Nur 0,1 Prozent der

NIEDERÖSTERREICH 

Udo Landbauer fordert eine Ende der Ausgangssperren.

Ansteckungen hätten laut der Studie im Freien stattgefunden.

„Das ist doch die positivste Nachricht seit Monaten und der evidenzbasierte Grundstein für das sofortige Ende von Ausgangssperren, Bezirks-Abriegelungen sowie

sämtlichen Verbotsmaßnahmen im Freien“, erklärte Landbauer und forderte von der Bundesregierung umgehende Öffnungsschritte für Gastronomie, Heurige, Ausflugsziele, Tierparks und Sportstätten ein.

OBERÖSTERREICH **Bedenkliche Entwicklung**

In ganz Oberösterreich haben bereits 29 Prozent aller Pflichtschüler Deutsch nicht als Muttersprache. In Linz sind es sogar schon 62, in Wels bereits 69 Prozent, zeigte FPÖ-Klubobmann Herwig Mahr eine bedenkliche Entwicklung anhand eines Zehnjahresvergleichs basierend auf Daten der Bildungs-



Mahr: Wien ignoriert die bedenkliche Entwicklung an den Schulen.

direktion des Lands Oberösterreich auf.

„22.742 von den insgesamt 30.891 Schülern mit nicht-deutscher Muttersprache, also fast drei Viertel, benötigen eine zusätzliche Sprachförderung, um dem Unterricht ausreichend folgen zu können“, führte Mahr weiter aus. Damit gingen weitreichende Sprach- und Integrationsprobleme einher, die sich in weiterer Folge auch auf Arbeitsmarkt und Sozialsystem auswirken. „Dem muss man entgegenwirken. Doch auf Bundesebene verschläft man diese Problematik nach wie vor“, kritisierte der FPÖ-Klubobmann die schwarz-grüne Bundesregierung.

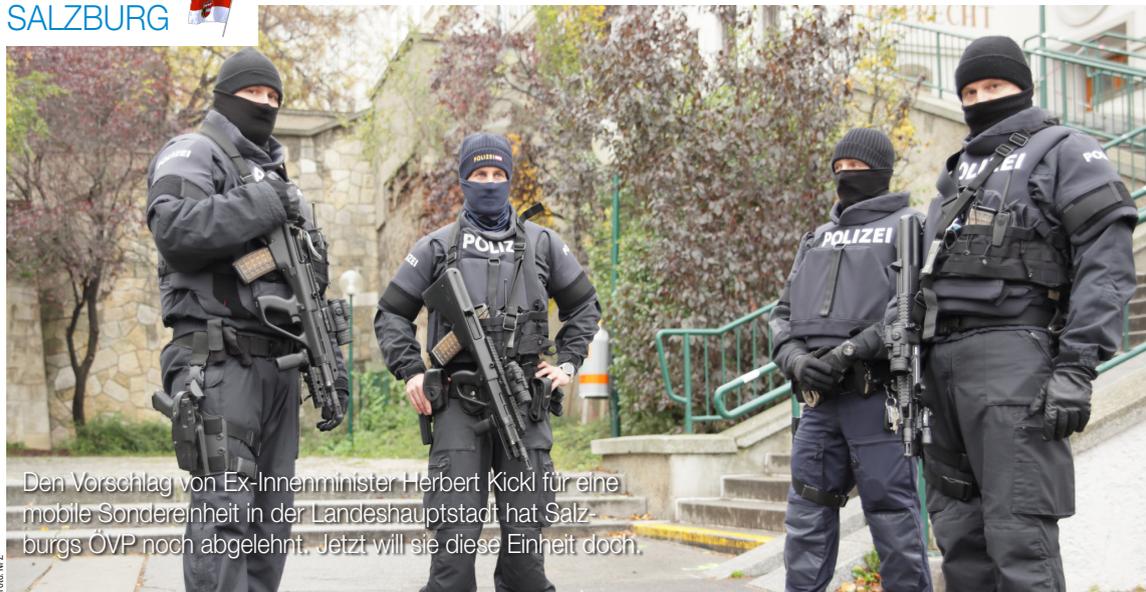
Mit den Deutschförderklassen sei ein erster richtiger Schritt gesetzt worden, der weiter ausgebaut werden müsste, fordert Mahr: „Der Bund muss Ressourcen bereitstellen, damit die Deutschförderklassen auch wirklich in der notwendigen Breite bestehen können.“

BURGENLAND 

Alexander Petschnig

Sonderförderung wegen Lockdown

Die Landeshauptleute und die Bundesregierung haben den Lockdown in der Ostregion verlängert, was insbesondere den Handel und die Dienstleister erneut schwer trifft, kritisierte Burgenlands FPÖ-Chef Alexander Petschnig: „Wenn man sich zu einem verlängerten Lockdown entschließt, um die Intensivstationen zu entlasten, dann darf das nicht schon wieder auf Kosten der Unternehmer gehen!“ Er forderte eine Sonderförderung des Landes, da die leidgeprüften Unternehmer, die Wirten und Gastronomen, endlich Perspektiven und finanzielle Luft zum Atmen bräuchten.

SALZBURG 

Den Vorschlag von Ex-Innenminister Herbert Kickl für eine mobile Sondereinheit in der Landeshauptstadt hat Salzburgs ÖVP noch abgelehnt. Jetzt will sie diese Einheit doch.

Foto: NFZ

Falsches Spiel der ÖVP um Polizei-Sondereinheit

ÖVP-Haltung zur geplanten Alarmeinheit in Salzburg wirft Fragen auf

Die Volkspartei bringt einen Antrag über Bereitschaftseinheiten im Landtag ein, die sie 2018 unter dem freiheitlichen Innenminister verhindert hat.

„Mehr Polizei auf den Straßen bedeutet mehr Sicherheit für die Salzburgerinnen und Salzburger. Daher unterstützen wir die Stationierung einer mobilen Spezialeinheit in der Landeshauptstadt“, betonte die freiheitliche Klubobfrau Marlene Svazek. Dass der Ruf nach dieser Einheit jedoch von der Salzburger Volkspartei komme, sei verwunderlich, erinnerte Svazek

an das Vorhaben des ehemaligen freiheitlichen Innenministers Herbert Kickl, das 2018 in die Wege geleitet wurde, aber am Veto der ÖVP-Polizeigewerkschaft FCG-KdEO letztendlich gescheitert ist.

ÖVP dagegen, jetzt dafür?

Der immer noch amtierende Bundesvorsitzende Reinhard Zimmermann sprach wortwörtlich davon, dagegen anzukämpfen. „Und dementsprechend ist das Projekt auch von der ÖVP versenkt worden, da die Gewerkschaft den Bereitschaftseinheiten zustimmen hätte müssen“ erklärte Svazek.

Nichtsdestotrotz signalisieren die Freiheitlichen dem Postkastenamt nach Wien ihre Zustimmung, um den Herausforderungen gerecht zu werden, insbesondere dem verstärkten Migrationsdruck und der weiterhin erhöhten Terror-Gefährdungslage. „Gespannt sind wir jedenfalls auf die Rechtfertigung der ÖVP, warum die Volkspartei vor drei Jahren den Kickl'schen Vorstoß abgeschmettert hat. Eine solche Bereitschaftseinheit hätte uns wahrscheinlich Szenen wie vor einem Jahr am Rudolfskai erspart“, sagte die FPÖ-Landeschefin.

Schwarz-Rote Ignoranz!

„Die steirische Landesregierung gedenkt, in der derzeitigen Amtsperiode an den Fehlern der Vergangenheit festzuhalten“, kritisierte FPÖ-Gemeindegewerksprecher Stefan Hermann. So finden sich in der Tagesordnung der letztwöchigen Ausschüsse zahlreiche sogenannte „Fristabläufer“, also Anträge der Opposition, die von den Regierungsparteien ÖVP und SPÖ schlichtweg ignoriert werden.

Alleine der Gemeindegewerksausschuss behandelte nur einen regulären Antrag, schickte jedoch insgesamt

18 in den „Fristenlauf“. Besonders ärgerlich dabei, dass es sich bei zwölf davon um freiheitliche Anträge handelte, bemerkte Hermann.

„Und das, obwohl es sich um wichtige Initiativen wie etwa eine verpflichtende Abhaltung von Bürgerversammlungen bei Großprojekten, die dringend notwendige Reform der Sozialhilfeverbände oder die Sicherstellung von transparenteren Vorgangsweisen rund um die Bedarfszuweisungen handelte“, kritisierte er die „schwarz-rote Politik der Ignoranz“.

STEIERMARK 

Hermann: Zwölf FPÖ-Anträge auf die lange Bank geschoben.

LÄNDER-
SACHE

Marlene Svazek
FPÖ-Landesparteiobfrau Salzburg

Logbuch, 12. April 2021: Stürmische Winde und unberechenbare See vor uns. Die Moral der Mannschaft ist am Boden, und vom Kapitän fehlt nun jede Spur. In den Ländern gibt es bereits Bekundungen zur Unabhängigkeit. Wird jedenfalls berichtet.

Und als Draufgabe weiß jetzt jeder von den schmutzigen Liebesbriefen zwischen dem Zahlmeister und dem obersten Werfteverwalter.

Schiffbrüchig

Wie gerne erinnern wir uns daran, als wir klar Schiff machten.

Von medialen Böen im Heck gestützt, in See gestochen sind.

Ja, viele von ihnen halten uns auch heute noch die Treue. Auf ewig und bis in den Tod. Doch die Tragödie beginnt bereits vor vielen Jahren. Als sich uns gar manch unedler Korsar angeschlossen hat. Zur Brandschatzung. Und hinter unserem Mythos? Da verbirgt sich lediglich noch Seemannsgarn.

Eigentlich müsste man die komplette Besatzung absetzen. Nur noch ein abgehalfterter Haufen von Freibeutern und Seeräubern.

Auch den ersten Maat sollte man längst über die Planke gehen lassen. Aber seitdem die Seuche an Bord ist, getraut sich keine müde Seele, auch nur an Meuterei zu denken.

Und die Rettungsboote reichen getrost für ein paar wenige Leichtmatrosen aus. Um sie in den Ländern in Sicherheit zu bringen.

Doch es wird nicht mehr lang dauern, bis die Passagiere Wind bekommen, was hier vor sich geht.

Und dann? Ja dann Gnade uns Poseidon.

Foto: FPÖ Salzburg

Foto: FPÖ Steiermark

GEZWITSCHER



Argo Nerd

@argonerd



Am 26.03.21 wird ein Foto von Günther Jauch im Rahmen einer Impfkampagne erstellt (Innenraum & ohne Maske), auf dem er stolz ein Pflaster präsentiert. Er ließ sich aber nicht wirklich impfen, sondern nur symbolisch. 14 Tage später: „Jauch positiv getestet“ – Noch Fragen?

11. April 2021 18:38

Was passt besser zu der „Fake News“-Seuche Covid-19 als eine „Fake News“-Impfkampagne?

Lexa W.

@rebew_lexa



Wiener Bürger machen Picknick in einem Park. Das löst einen Großeinsatz der Polizei aus. Im gleichen Zeitraum wurden in Wien 2KG Amphetamine, ein halbes Kilo Koks und Crystal Meth verkauft. Ohne Probleme natürlich, weil ja die Polizei ein Picknick auflösen mußte.

11. April 2021 12:33

Das nennt man Prioritätensetzung in der „neuen Normalität“.

TELEGRAM



GEFÄLLT MIR



Herbert Kickl

13. April 2021

Die schwarz-grüne Regierung ist am Ende. Die Liste der Fehlleistungen reicht vom Zusammenbruch der Wirtschaft, Massenarbeitslosigkeit und Korruptionsvorwürfen bis hin zum Anstieg der Zuwanderung und der BVT-Affäre.



14.292 Personen gefällt das.

Nachdem die „Corona-Krise“ und das Impfen Chefsache waren müsste eigentlich auch Kurz gehen.

Es muss viel mehr Rot auf die „Corona-Landkarte“!

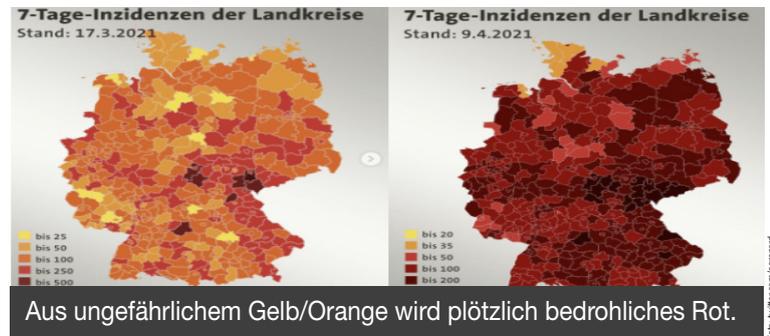
ARD manipuliert seine „Corona-Landkarte“ im Sinne der Politik

Weil die Deutschlandkarte mit der Sieben-Tages-Inzidenz nicht mehr die politische Dringlichkeit reflektierte, wurde einfach die Skala manipuliert.

Die Nachrichtensendung der ARD, die „Tagesschau“, veröffentlicht regelmäßig eine Deutschlandkarte, die die 7-Tage-Inzidenz für jeden Landkreis ausweist. Je rötlicher ein Kreis eingefärbt ist, desto mehr gemeldete Corona-Neuinfektionen gibt es dort. Weil entgegen den Warnungen vor der „dritten Welle“ in der Karte zu viele Gebiete mit niedrigen Inzidenzwerten gelb aufschienen, wurde über Nacht die Skala geändert. Plötzlich war ganz Deutschland knallrot.

Damit es gefährlicher wirkt

Wenn man sich die Karte vom 17. März anschaut (Bild links),



Aus ungefährlichem Gelb/Orange wird plötzlich bedrohliches Rot.

sieht man nur einige rot markierte Landkreise und hauptsächlich gelbe und orange. Die Corona-Situation erscheint nicht so dramatisch. Die Skala reicht von „bis 25“ hin zu „bis 500“.

Am 9. April, also weniger als einen Monat später, stellt sich die Sache ganz anders dar. Die gesamte Deutschlandkarte ist tiefdunkelrot eingefärbt. Die Inzidenzwerte-Skala reicht nur noch von „bis 20“ bis

„über 200“. Bereits ab einem Wert von „bis 50“ ist die rote Farbskala bei der neuen Karte im Einsatz, während zuvor erst ab einem Inzidenzwert von 250 die rote Farbgebung begann.

Will man mit dem Farbenspiel die Bürger schon mental darauf vorbereiten, dass sie auch die nächsten Monate ohne zu murren in Merkels bundesweitem Lockdown zuhause sitzen müssen?

FPÖ IN DEN MEDIEN

Die Kritik der steirischen Freiheitlichen, dass die Landesregierung Anträge der Opposition ignoriere, griff auch die „Kleine Zeitung“ auf. Konfrontiert mit der Klage, betont die dominierende Steirer-ÖVP, dass man die Anträge nicht „igno-



rierte“ sondern auch ordentlich Zeit brauche, um die Anträge ordentlich zu behandeln. Zeit genug hätte die ÖVP ja, da von ihr und dem Koalitionspartner SPÖ seit Monaten kaum Anträge eingebracht würden. Also doch nur eine Ausrede?

Das Frühlingswetter hat viele Städter dazu bewegt, sich im Lockdown in Parks und öffentlichen Grünanlagen zu bewegen. Die Folge sind allerdings überquellende



Abfalleimer und Müllreste in der Natur. Daher will die Stadt Linz auf Antrag von FPÖ-Sicherheitsstadtrat Michael Raml, so die

„Oberösterreichischen Nachrichten“, den Ordnungsdienst der Stadt mit Strafkompentenz ausstatten, um unbelehrbare Müllsender auch bestrafen zu können.



GIBBÄRS TV-NOTIZ

Es passieren also doch noch Zeichen und Wunder, sogar im ORF.

Stauend durfte der „ZiBi“-Seher am vergangenen Montag den Bericht über einen Skandal der SPÖ-Wien wahrgenommen haben. Denn bisher waren die Küniglberger richtig nachsichtig mit den „Verfehlungen“ der Genossen im Rathaus umgegangen.

Ja, es wurde in dem Bericht über das Zuschneiden einer Ausschreibung zur Anschaffung von Computertomographen auf den Siemens-Konzern darauf hingewiesen, dass das Unternehmen enge personelle Verknüpfungen zur Wiener SPÖ hatte und noch immer hat. So ist die derzeitige Chefin der Medi-

zinsparte niemand geringerer ist als die ehemalige SPÖ-Gesundheitsstadträtin Sonja Wessely. Also die Genossin, die den Wiener Steuerzahlern das Krankenhaus Nord bescherte, den Nachfolge-Skandalbau zum AKH in den 1970er Jahren.

Schön auch, dass sich der ORF Sorgen um den Antisemitismus in

Österreich macht. Dabei sollte er seine Faktenchecker aber auch einmal in die eigene Auslandsabteilung schicken und deren Iran-Berichte „checken“.

So wird in keinem Bericht über die Verhandlungen zu Irans Atomprogramm erwähnt, dass das Mullahregime dieses nutzt, um die Atombombe zu bauen. So hat der Iran deshalb den alten Vertrag nicht einen Tag eingehalten, wie selbst die UN-Atombehörde zugegeben hat. Dass der Iran die Bombe haben will, um Israel „auszulöschen“, wie deren oberster Mullah Ayatollah Khomeini nicht müde wird zu betonen, fand und findet im ORF ebenfalls keinen Niederschlag.

Gute TÄgin, liebe Lesende!

Das „Problem“ mit dem generischen Maskulinum

Man könnte mir die folgenden Zeilen als sehr subjektiv auslegen. Das halte ich aus, bin ich doch ein Subjekt und nix anderes.

Nach dieser kryptischen Einleitung sag ich gleich, worum es mir geht: ums Gendern. Bei dem Wort tu ich mir schon schwer, kommt es doch aus dem Englischen und müsste vermutlich mit „dsch“ am Anfang ausgesprochen werden, ich bevorzuge das „g“.

Ich kenne keine Frau, die aus emanzipatorischen Gründen das sogenannte Gendern begrüßt. In meinem Dunstkreis leben also lauter selbstbewußte Damen, die die Sprachentwicklung mit Verständnis und mit Liebe zur schönen deutschen Sprache sehen.

Das Binnen-i, der Schrägstrich nach der männlichen und vor der weiblichen Endung (Lehrer/in), das Sternderl an dessen Stelle – all das ist weder fürs Schreiben, noch fürs Lesen oder fürs Hören angenehm.

Sprachverhunzung

Der „Standard“ hat sich ja kürzlich dazu vergangen, folgenden Text zu veröffentlichen: „Wichtige Information für Barträger und Barträgerinnen“. In dieser wurden die bartragenden Herren und Damen aufgefordert, sich zu rasieren, damit die FFP2-Masken richtig sitzen.

Die deutsche Evangelische Kirche schrieb über die heilige Maria von „G*tt, die mich rettet“. Das ist ein verballhorntes Lukas-Zitat.

Die Menschin, die Mitgliederin und die Studierenden (als solche werden auch nicht studierende Studenten bezeichnet) sind ja schon gang und gäbe. Zufußgehende kommen dazu, aber ebenfalls kommt noch das dritte Geschlecht dazu. Wien hat daher fast zwei Millionen Einwohner/innen „divers“. So heißt's. Hermaphroditen aller Länder, freuet euch.

Wie es einem Säugling ergeht, weiß ich nicht, vielleicht wird er (sie, es) zum „Saugenden“, aber das ist ja schon wieder maskulin, o Gott. Flüchtlinge sitzen im selben Boot. Bei Schiller werden „alle Menschen Brüder“. Darf das sein? Und aus zeitlichen Gründen erteilt nur der „Arzt oder Apotheker“ Auskunft über Medikamente. Darf das sein?

Sprache und Biologie

Wie wird's dem Knabenkraut ergehen, wie dem Männertreu? Bringt in Zukunft die Störchin die Babies? Kommt im Dezember die Niko-Laus? Mit der Mannschaft ist's ja auch so ein Gfrett. Die Bürgerinnenmeisterin ist doch was Schönes, oder? Warum heißen die Wiener Philharmoniker, haben sie doch längst Frauen in ihren Reihen, nicht

Lehrer*innen Schüler*innen Beamt*innen
 Politiker*innen Minister*innen Kanzle
 Chef*innen Mitarbeiter*innen Journal
 Demonstrant*innen Polizist*innen
 Sanitäter*innen Bafögempfänger*inn
 Student*innen Professor*innen Ärzt*in
 Pilot*innen Ingenieur*innen Designer
 Rechtsanwält*innen Richter*innen Ju
 Regisseur*innen Schauspieler*innen S

PhilharmonikerInnen? Bei den Sängerknaben gibt's ja auch schon Mäderln. Die Knabenstimmen sind übrigens gegen die Mädchenstimmen die schöneren, so ist es halt. Und ist's eigentlich mit den Bauherren vorbei? Werden daraus Baudamen? Den Jungmännern im Bundesheer stehen jetzt also nur Jungfrauen gegenüber? Ist ein Elternteil ein „Elter/in“? Die „ZiB“-Sprecher/innen sagen längst – mit kaum hörbarer Pause vorm i – nur „Wiener-innen“. Bei Herrn Nehammer wird's kritisch, spricht er doch stets von „Polizistischnschsch und Polizisten“. Almdudler hat sich

mittlerweile, man faßt es nicht, für den Getränkeamen „Almdudlerin“ entschieden. Wem's schmeckt?

Der Duden, Pardon: die Dudin tritt kämpferisch fürs Gendern ein. Man möge ihn, den einst immer zu Rat Gezogenen, vergessen. Daß er einmal fürs Ruinieren unserer Sprache erhalten wird, hätte man nie geglaubt.

Das Machtwort einer vernünftigen Regierung würde genügen, um diesem Spuk ein Ende zu setzen. Aber dem steht das Adjektiv „vernünftig“ in der Wegin.

Herbert Pirker

Ostergriße in die Grieskirchener Altenheime

Wie jedes Jahr besuchte die Freiheitliche Jugend Grieskirchen die Alten- und Pflegeheime im Bezirk. Die blauen Ostereier fanden auch im Krisenjahr 2021 ihren Weg in die Alten- und Pflegeheime Kallham,

Gallspach, Peuerbach und Grieskirchen. „Gerade in dieser Zeit ist es wichtig, den Bewohnern ein Stück echte Normalität zurückzugeben“, erklärte Bezirksjugendobmann Richard Gruber (im Bild links).



Foto: FPJ Grieskirchen

50% mehr Gewinn bei TopTipp
 Jetzt auf die Lotto Zahlen setzen und bis zu 112.500 Euro gewinnen

Im Zeitraum von 12. bis 25. April 2021 warten bei TopTipp mit den richtig getippten Lotto Zahlen 50 Prozent mehr auf alle Geldgewinne. Dieser 50-Prozent-Zuschlag betrifft somit die Lotto Ziehungen vom 14., 18., 21. und 25. April, an deren Ergebnisse TopTipp gekoppelt ist. Der maximal zu erzielende Gewinn liegt mit einem richtigen 5er-Tipp bei 112.500 Euro. Möglich ist dies mit einem Einsatz von nur 1 Euro.

Bei TopTipp wird um einen Euro wahlweise auf eine, zwei, drei, vier oder fünf Zahlen der Lotto Ziehung gesetzt. Sind alle Zahlen, auf die man getippt hat, unter den gezogenen Lotto Zahlen, hat man einen fixen Betrag gewonnen: Ein richtiger 5-er Tipp bringt jetzt dank der 50%-mehr-Aktion 112.500 Euro, ein richtiger 4-er Tipp 5.250 Euro, ein 3er-Tipp 450 Euro, ein 2er-Tipp 37,50 Euro, und ein 1er-Tipp 4,50 Euro.

„2. Chance“ für Wettscheinspiele im April
 Quittung auf lotterien.at registrieren und die tägliche Chance auf ein Apple MacBook Air und zehn Wettschein-Packages nutzen

Mit den Quittungen aller von 1. bis 30. April 2021 gespielten Wettscheinspiele kann man jetzt ein 2. Mal sein Glück versuchen – unabhängig davon, ob man mit seinen Tipps beim jeweiligen Spiel bereits gewonnen hat oder nicht. Es warten täglich ein Apple MacBook Air und zehn Wettschein-Packages. Alle Spielteilnehmer, die im April an Lotto, Toto, TopTipp, Euro-Millionen, Bingo, Zahlenlotto oder Lucky Day teilnehmen, können sich auf lotterien.at registrieren, ihre Quittungsnummer dort eintragen und die Quittung ein weiteres Mal ins Rennen um einen Gewinn schicken. Jede Quittung kann nur einmal an der 2. Chance teilnehmen.

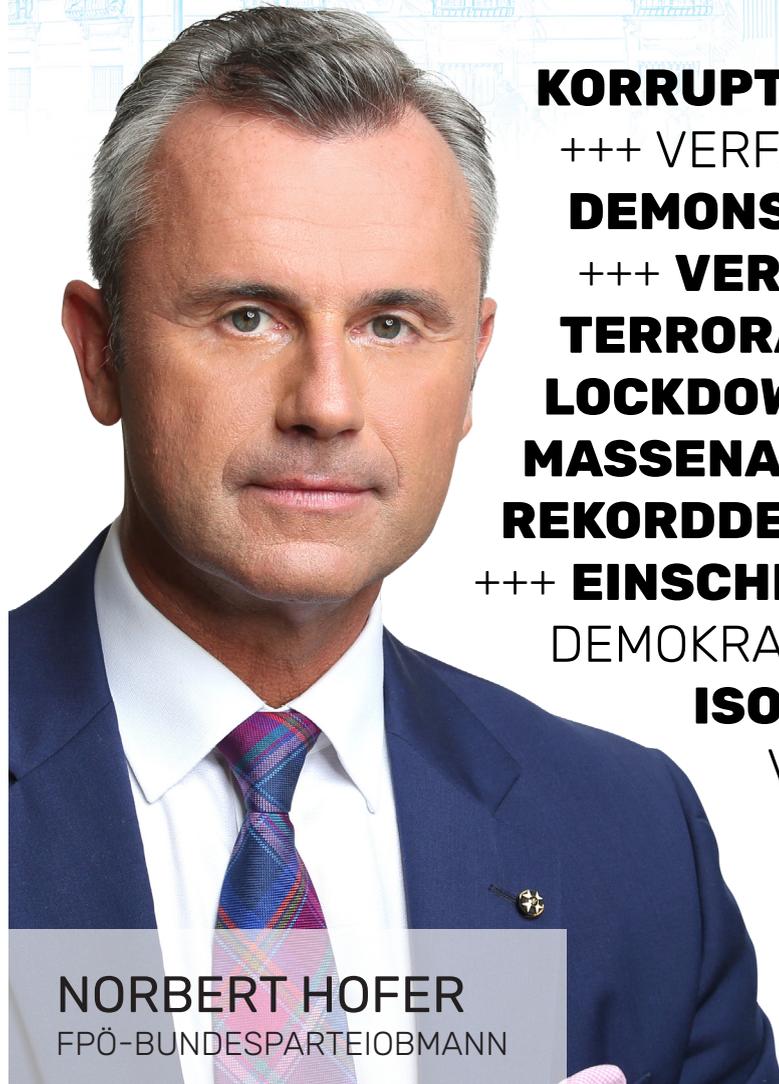
Die Ziehung der Gewinner findet unter allen registrierten Quittungsnummern jeweils am Folgetag statt. Über win2day gespielte Quittungen nehmen automatisch an der 2. Chance teil. Die gewinnbringenden Quittungsnummern werden auf lotterien.at veröffentlicht, die Gewinnerinnen und Gewinner vom Kunden-Servicecenter per Mail verständigt.



GENUG IST GENUG

WIR BRAUCHEN EINE NEUE BUNDESREGIERUNG

Was
kommt da
noch, Herr
Kurz?



NORBERT HOFER
FPÖ-BUNDESPARTEIOBMANN

- KORRUPTIONSVORWÜRFE**
- +++ VERFASSUNGSWIDRIGE
- DEMONSTRATIONSVERBOTE**
- +++ **VERSAGEN** VOR DEM
- TERRORANSCHLAG** VON WIEN +++
- LOCKDOWN-WAHNSINN** +++
- MASSENARBEITSLOSIGKEIT** +++
- REKORDDEFIZIT** +++ **SCHULCHAOS**
- +++ **EINSCHRÄNKUNG** DER FREIHEIT +++
- DEMOKRATIE**ABBAU** +++ SENIOREN
- ISOLIERT** +++ **IMPFCHAOS** +++
- VERSCHOBENE OPERATIONEN
- +++ PENSIONEN **IN GEFAHR**
- +++ **TESTZWANG** ...